

Donnerstag, 3:45 Uhr

Sonderausgabe Tag X

Es ist Krieg: Stopppt Bush!

Cruise Missiles auf Bagdad – das war der Beginn von Bushs Krieg für Öl-Profitte und seiner Demonstration der Macht der US-Konzerne. Geredet wurde von einem „Enthauptungsschlag“ gegen die irakische Führung. Das ist eine Propagandalüge. Dieser Krieg wird nicht chirurgisch gegen die irakischen Machthaber sondern brutal zu Lasten der irakischen Bevölkerung geführt. Millionen gingen auf die Straße gegen Bushs Krieg, eine Mehrheit ist weltweit gegen den Krieg – trotzdem müssen ausgehungerte, unterdrückte Menschen im Irak den Preis für den neokolonialen Krieg des US-Imperialismus bezahlen. Soviel zum Thema Demokratie und Menschenrechte. Jeder Tag Bomben ist ein Tag zu viel. Die Antikriegsbewegung muss jetzt entscheidend verstärkt werden!

von **Stephan Kimmerle, Stuttgart**

Dieser Krieg fordert Hunderttausende von Toten und Kriegsverletzten, bis zu 3,5 Millionen Flüchtlinge und „Binnenvertriebene“ erwartet die UNO, Zehntausende KurdInnen haben bisher schon ihre Städte im Nordirak verlassen. Dieser Krieg bringt ungeheure Zerstörung, Umweltschäden und unsagbares menschliches Leid. Die Lebensmitteleinstellungen des Oil-for-food-Programms, auf die 60 Prozent der 23 Millionen EinwohnerInnen angewiesen waren, wurde eingestellt. Doch die Kriegsgewinnler stehen auch schon fest: Die Rüstungs- und Öl-Konzerne reiben sich die Hände; in den Tagen vor Kriegsbeginn stiegen allgemein die Aktienkurse. Die US-Konzerne erhoffen sich weltweit eine Stärkung ihrer Stellung: Wer sich gegen sie auflehnen will, soll mit dem Krieg eine Lektion ihrer möglichen Macht erteilt bekommen. Bush setzte auf Krieg, um sicher zu stellen, dass die Versorgung der US-amerikanischen Profitproduktion mit Öl auch in Zukunft wie geschmiert läuft. Doch die Anti-Kriegs-Stimmung und enormer Widerstand der Antikriegsbewegung stellte sich Bush entgegen. Auf der Grundlage eigener Interessen formulierten auch die Herrschenden in Deutschland, Frankreich und Russland andere Wünsche. Ein Einlenken von Bush hätte so zu einer empfindlichen Niederlage des US-Imperialismus gegenüber der Antikriegsbewegung und gegenüber seinen imperialistischen Rivalen geführt. Deshalb zwang die kapitalistische Logik der Konkurrenz, die Logik der Rivalität

der Banken und Konzerne verschiedener Länder und die Logik des Profits Bush zum Krieg. Das ist der Ausdruck eines überholten Systems, das auch im Frieden Menschen verhungern lässt, obwohl international genug zu Essen da ist, das auch ohne Krieg den Menschen weltweit nur Armut, Ausbeutung und Elend zu bieten hat, und das in seiner Konsequenz zu Mord und Totschlag führt.

Deutsche Unterstützung

Die deutsche Regierung behauptet, sie stehe für Frieden. Dabei haben nur die deutschen Banken, Konzerne und Versicherungen andere Interessen als ihre US-amerikanischen Konkurrenten. Wenn die Macht ihrer US-Rivalen gestärkt wird, dann passt ihnen das nicht ins Konzept. Davor – im Afghanistan-Krieg, im Krieg gegen Jugoslawien (dem ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg) – war das noch anders. Rot-Grün sorgte seit Amtsantritt für die Verzehnfachung der Ausgaben für deutsche Soldaten im Auslandseinsatz. Nur die USA stellen mehr Truppen in Auslandseinsätzen als Deutschland. Und darum ging es auch: Neben den USA wird von den deutschen Unternehmern und ihren Politikern weltweit eine eigenständige Führungsrolle beansprucht. Doch ganz verscherzen will man es sich nicht mit dem großen Bruder USA und etwas mitmischen will man bei der Neuordnung des Nahen Ostens: Rot-Grün gewährt den Streitkräften aus den USA und Britannien volle Überflugrechte. Deutsche Soldaten sitzen in den AWACS, um Ziele im Irak auszusuchen und die Bomben dorthin zu lenken. Zur Entlastung der britischen und der US-Armee bewachen deutsche Soldaten US-Kasernen, wurden Truppen in Afghanistan und auf dem Balkan aufgestockt, stehen ABC-Spürpanzer in Kuwait und kreuzt die deutsche Marine am Horn von Afrika. Das ist keine Friedenspolitik, sondern Unterstützung für Bushs Massenmord.

Widerstand: Demonstrieren, Blockieren, Streiken!

Deshalb ist es notwendig, den Protest gegen die Kriegsgewinnler, gegen die Unterstützung für Bushs Krieg und gegen die Nachschublinien der Kriegstreiber zu verstärken. Die britischen und US-Militärstützpunkte können durch Blockaden und Streiks lahm gelegt werden. Streiks sind notwendig, um die Profite derer zu treffen, die vom Krieg profitie-

- ➔ **Schluss mit der Unterstützung für Bushs Krieg!**
- ➔ **Abzug aller deutschen Truppen aus dem Nahen Osten und vom Horn von Afrika**
- ➔ **Luftraum sperren**
- ➔ **US- und britische Stützpunkte lahmlegen**

ren. Streiks entfalten aber auch eine enorme politische Kraft: Damit kann der ökonomische und politische Preis des Krieges für die Herrschenden so hoch getrieben werden, dass er sich für sie nicht mehr lohnt – und das ist die einzige Sprache, die sie verstehen. Unter dem Krieg werden die einfachen Menschen leiden. Zunächst und am härtesten im Irak. Danach aber auch in den kriegsführenden Ländern und all den Ländern, die im Zuge dieses Krieges weiter aufrüsten werden, um die Interessen ihrer Konzerne in einer militarisierten Welt durchzusetzen. Für den „Krieg gegen den Terror“ wurden Tabak- und Versicherungssteuer in Deutschland erhöht. Während Rot-Grün 15,3 Milliarden Euro für Euro-Fighter übrig hatten, sollen jetzt Arbeitslose spätestens nach anderthalb Jahren mit Sozialhilfe auskommen. Während SPD und Grüne 9,5 Milliarden für Militärhubschrauber hatten, sollen Arztbesuche in Zukunft Geld kosten. Deshalb gilt es jetzt, den Kampf gegen die deutsche Kriegsunterstützung und gegen die

sen Krieg insgesamt mit dem Kampf gegen Schröders Angriffe zu verbinden. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften müssen jetzt eine bundesweite Großdemonstration gegen den Krieg und gegen Sozialkahltschlag organisieren, um die Grundlage für einen eintägigen Generalstreik zu legen, dessen Termin europaweit und international koordiniert zu einem weltweiten Protest der Beschäftigten werden könnte. Mit diesen Schritten, die die Macht der Beschäftigten in der Gesellschaft ins Zentrum der Antikriegsbewegung stellen würde, können die Regierungen – auch Bush – zum Einlenken gezwungen werden oder gestürzt werden.

Um den Krieg jetzt zu stoppen, ist es nötig, die Beschäftigten international gegen diesen Krieg zu mobilisieren. Um alle Krieg zu stoppen, ist es nötig, dieses kapitalistische System zu beseitigen und eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu erkämpfen. Eine sozialistische Welt ist nötig.

Wie weiter für die Antikriegsbewegung?

- Für den Aufbau von Antikriegskomitees in Betrieben, Lehrwerkstätten, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen.
- Für Massenblockaden von Militäreinrichtungen und Transportwegen.
- Für eine gewerkschaftliche Massendemonstration und die Vorbereitung eines eintägigen Generalstreiks gegen Krieg und Sozialabbau
- Für die Einberufung eines von Gewerkschaften, Attac und Antikriegsbewegung getragenen bundesweiten Antikriegskongresses zur Debatte über die weitere Strategie der Antikriegsbewegung.
- Für den Aufbau einer politischen Alternative zu Bush, Blair und Schröder: Für neue sozialistische Arbeiterparteien international! Für den Aufbau einer neuen sozialistischen Internationale der ArbeiterInnen und Jugendlichen!

Schröders Frontalangriff Alle gemeinsam gegen Sozialabbau und Krieg!

Schröders Regierungserklärung kommt einer Kriegserklärung an die abhängig Beschäftigten, die Erwerbslosen und die RentnerInnen gleich. Er hat einen Katalog der Grausamkeiten vorgelegt, der den Lebensstandard, die soziale Absicherung und die Rechte der arbeitenden Menschen massiv einschränkt. Diese Kampfansage an die Gewerkschaften darf nicht unbeantwortet bleiben. Die Antwort muss sein: Mobilisierung der ganzen Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung zur Abwehr der geplanten Angriffe! Demonstrationen! Streiks!

von Sascha Stanicic, Berlin

Schröders Vorschläge folgen den Forderungen der Bosse und Bänker und treffen alle Schichten der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung. Der Kündigungsschutz in Kleinbetrieben wird aufgeweicht, indem Leih- und Zeitarbeiter nicht mehr auf die Betriebsgröße angerechnet werden. Die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose sollen weiter verschärft werden. Die „Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ ist nur ein beschönigender Begriff für die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe.

Die Dauer der Beziehung von Arbeitslosengeld soll gekürzt werden. Für den Erhalt von Krankengeld muss in Zukunft eine private Zusatzversicherung abgeschlossen werden. In anderen Fragen war Schröder weniger konkret, machte aber deutlich, was ansteht: der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung wird überarbeitet und verringert; eine neue Rentenformel werde von Rürup noch in diesem Jahr erarbeitet, was wahrscheinlich die Erhöhung des Renteneinstiegsalters und Nullrunden bei den Renten bedeutet. Bisher verkündete Rürup schon mal an, die Renten sollten gekürzt werden, in dem sie besteuert werden.

Auch eine Eigenbeteiligung an den Kosten bei jedem Arztbesuch wurde von Schröder angekündigt.

Andere Angriffe, wie die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten und Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld für BeamtInnen, wurden schon vor der Regierungserklärung auf den Weg gebracht.

Demontage des „Sozialstaats“

Die Umsetzung dieser „Reformen“ ist ein weiterer Schritt bei der Demontage des sogenannten „Sozialstaats“. Die sozialen Verhältnisse werden in der Bundesrepublik grundlegend verändert. Vor allem die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld werden vor dem Hintergrund der wachsenden Massenarbeitslosigkeit dramatische Folgen haben.

Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes beziehen zur Zeit 204.000 Erwerbslose im Alter von 55 bis 65 Jahren länger als 24 Monate Arbeitslosengeld. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit führt eine Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 18 Monate dazu, dass ein Drittel der Arbeitslosen ihren Anspruch verliert. Vielen Menschen droht ein rasanter sozialer Abstieg. FacharbeiterInnen oder AkademikerInnen, die aufgrund der Wirtschaftskrise arbeitslos werden, können innerhalb von einem Jahr zu einem Sozialhilfeempfänger werden und damit in faktische Armut geraten.

Viele dieser Menschen werden außerdem mit Schulden belastet in die Arbeitslosigkeit ge-



raten und dementsprechend von Existenzkrisen bedroht sein. Soziale Deklassierung und Armut werden Schichten treffen, die sich das heute nicht einmal vorstellen können.

Die private Vorsorge für das Krankengeld stellt einen Tabubruch dar, weil zum ersten Mal Leistungen, die bisher durch die gesetzliche Krankenversicherung gedeckt waren, in eine private Pflichtversicherung überführt werden. Sie ist ein Geschenk an die großen Privatversicherungen, die damit ihre Profite noch weiter steigern können. Diesem Tabubruch werden weitere folgen. Bei der nächsten Runde von Sparmaßnahmen können dann schon der Zahnersatz oder die Behandlung von Freizeitunfällen anstehen.

Eine Radikalisierung und Polarisierung in der Gesellschaft ist vorprogrammiert.

Neue Arbeiterpartei notwendig!

Einmal mehr zeigt sich, dass die SPD zu einer durch und durch kapitalistischen Partei gekommen ist. Die Opposition der PDS gegen Sozialkürzungen kann niemand mehr ernst nehmen, ist die PDS im Berliner Senat doch Vorreiterin von Sozialabbau und der Zerschlagung des Flächentarifs im öffentlichen Dienst. Die Zeit ist daher überfällig für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, die konsequent gegen die Profitgier des Kapitals und für die Interessen der Beschäftigten, Erwerbslosen und Jugendlichen kämpft. Die Gewerkschaften müssen mit der SPD brechen und an die Aufgabe heran gehen, eine neue politische Interessenvertretung für ArbeitnehmerInnen aufzubauen.

Eine solche Partei müsste offen sein für alle AktivistInnen und Organisationen der Bewegungen gegen die kapitalistische Globalisierung und gegen Krieg, anderer sozialer Bewegungen, der Gewerkschaften und für Linke aus SPD, Grünen und PDS, die bereit sind mit diesen Parteien zu brechen. Die Idee einer neuen Arbeiterpartei muss in die kommenden Kämpfe getragen und verbreitet werden. Und das Gebot der Stunde ist es, diese Kämpfe zu organisieren.

Zögerliche Gewerkschaftsspitze

Würde die Gewerkschaftsführung konsequent die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, müsste sie sofort eine Kampagne gegen die Pläne der Bundesregierung starten. Sie müsste flächendeckend Betriebsversammlungen und gewerkschaftliche Konferenzen einberufen,

um die Mitgliedschaft zu mobilisieren und bisher unorganisierte KollegInnen zu organisieren und Kampfmaßnahmen vorzubereiten. Leider lässt die Reaktion der Gewerkschaftsführer nicht darauf schließen, dass sie gegen Schröder in die Offensive gehen wollen.

Der DGB-Vorsitzende Sommer bezeichnete Schröders Pläne als „nicht ausgewogen“. Der Verdi-Vorsitzende Bsirske fand zwar deutlichere Worte und sagte: „Nach 16 Jahren Umverteilung von unten nach oben wird uns jetzt gesagt, es war noch nicht genug Umverteilung.“, aber in keiner der gewerkschaftlichen Stellungnahmen findet sich eine grundsätzliche Opposition gegen jede Form von Sozialkürzungen oder ein Aufruf zum Protest und Widerstand. Von alleine werden die Spitzenverdiener in den Vorstandsetagen der Gewerkschaften nicht den Widerstand organisieren. Um Widerstand gegen die Schröder-Pläne zu mobilisieren, müssen sie von der Basis zum Jagen getragen werden.

Deshalb muss jetzt der Druck von unten organisiert werden und auf allen Ebenen gefordert werden, dass die gesamte gewerkschaftliche Kampfkraft zum Zurückschlagen der Schröderschen Angriffe eingesetzt werden muss. Die Stimmung in den Betrieben und Verwaltungen ist von Unzufriedenheit und Wut geprägt. Dies muss in Widerstand verwandelt werden.

Widerstand gegen den Krieg und gegen die Politik von rot-grün ist angesagt. Die Gewerkschaften müssen den Kampf gegen das neue Sozialabbau-Paket mit dem Kampf gegen den Krieg und gegen die deutsche Hilfe für Bushs Krieg verbinden. Denn Aufrüstung und Krieg einerseits und Sozialabbau andererseits sind zwei Seiten derselben Medaille – des zunehmenden Konkurrenzkampfes und der Krise in der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Widerstand organisieren!

Die Mobilisierung für eine bundesweiten Massendemonstration gegen Krieg und Sozialabbau durch die Gewerkschaften sollte der nächste Schritt sein. Eine solche Demonstration könnte eine Million oder mehr ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose und Jugendliche mobilisieren. Sie wäre ein Ausgangspunkt für die Durchführung eines eintägigen Generalstreiks, der ab sofort vorbereitet werden muss. Dieser Forderungen sollten auf allen Ebenen in die gewerkschaftlichen Versammlungen und Gremien eingebracht und zur Abstimmung gestellt werden.

Wie weiter?

• Demonstrationen

Am Samstag nach Tag X finden in vielen Städten lokale Demonstrationen statt.

Am 29.3. findet in Berlin eine Großdemonstration statt: 12.00 Uhr ab Ernst-Reuter-Platz und Potsdamer Platz.

In Leipzig, Berlin und anderen Städten gibt Montagsdemos gegen den Irakkrieg.

Infos: www.montagsdemonstrationen.net und www.netdemo.de

• Rhein-Main-Airbase blockieren

Am zweiten Samstag nach Tag X wird die dritte Blockade des US-Luftwaffenstützpunktes Rhein-Main-Airbase in Frankfurt/Main statt finden. Infos: www.resist.de

• Schüler besuchen ArbeiterInnen

Am Donnerstag in der Woche nach Tag X ziehen Gruppen von „Jugend gegen Krieg“ in vielen Städten früh morgens vor Betriebs-tore, um die Beschäftigten aufzufordern gegen den Krieg aktiv zu werden und in den Gewerkschaften für Arbeitsniederlegungen einzutreten.

• Jugendkonferenzen gegen den Krieg

In vielen Städten plant „Jugend gegen Krieg“ die Durchführung von Jugendkonferenzen gegen den Krieg. Dort gibt es Argumente, Hintergrundinformationen und die Möglichkeit weitere Aktionen gemeinsam zu planen.

Infos: www.jugend-gegen-krieg.org oder Telefon (030) 24 72 37 90

Kontakt und Infos:

SAV-Bundeszentrale
Littenstraße 106/107
10179 Berlin

☎ (030) 24 72 38 02

Fax: (030) 24 72 38 04

Email: info@sav-online.de

aktuelle Infos unter: www.sozialismus.info

**Spenden für
Aktionen gegen den
Krieg**

Sozialistische Alternative
Konto 2500 59-430
Postbank Essen
(BLZ 360 100 43)

Impressum

Solidarität Sozialistische Zeitung

Überregionale Monatszeitung, vormals VORAN, erscheint seit 1973, seit April 2002 als „Solidarität – Sozialistische Zeitung“
Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.

Druck: Eigenvervielfältigung
Verantwortlicher Redakteur: Stephan Kimmerle, c/o SAV, Littenstr.106,10179 Berlin